

Willy Brandt und die Europäische Revolution

Von Gunter Hofmann

Wenn man die letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts noch einmal Revue passieren lasse, fasste Charles S. Maier seine Bilanz über den Weg zu Europas Revolution zusammen, werde Historikern mit einem Sinn für Ironie auffallen, „dass es ausgerechnet diejenigen gesellschaftlichen Phänomene waren, die während der 70er Jahre die Konservativen im Westen mit Blick auf ihre eigenen Gesellschaften so sehr beunruhigten, über die die gegnerischen kommunistischen Regimes im folgenden Jahrzehnt stürzten“.¹

Darin steckt bereits eine der Erklärungen für seine Beobachtung, die jüngere Weltgeschichte kenne keine Parallelen zu einem derart friedlichen Weg eines ideologischen Umschwungs. Nicht der Westen mit Worten, Gesten, Taten hat den Kommunismus beschädigt; er hat sogar oft „Stabilität“ gemeint, während er die „Unterdrückung“ beklagte. Der Kommunismus, lautet Maiers Fazit, habe „sich selbst zerstört“. Seine Gralshüter, konfrontiert mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, die die westlichen Gesellschaften nicht weniger erschütterten als die östlichen, hätten ihn aufgegeben.

Zum einen lasse sich diese innere Auflösung des Kommunismus gewiss aus seiner Starrheit und Ungerechtigkeit heraus erklären, urteilte Maier schon wenige Jahre nach dem Verschwinden der DDR, aber sie resultierte „auch aus den Zwängen und Belastungen, die beide Wirtschaftssysteme gleichermaßen bedrängten“. Nüchtern zog der Zeithistoriker vom Center for European Studies in Harvard Parallelen, wie sich das hierzulande allenfalls der Historiker und Journalist Peter Bender erlaubt hatte. Maier: „Beide Systeme mussten mit wachsenden Energiekosten fertig werden, beide waren an den Grenzen der fordistischen Großproduktion angelangt, beide Systeme bekamen zu spüren, dass sie mehr Mittel bereitstellen mussten, sei es als direkten Lohn, sei es in den jeweiligen Sozialsystemen, um den Forderungen der Arbeiter nachzukommen [...]. Es war eine epochale Umwandlung, die alle Industrienationen herausforderte. Beide Systeme antworteten darauf jedoch mit den je eigenen Mitteln und zahlten schließlich einen unterschiedlichen Preis [...]. Der Versuch, sich Ende der 80er Jahre zuletzt doch noch vom Plan-

* Der Beitrag basiert auf dem jüngsten Buch von Gunter Hofmann, „Polen und Deutsche. Der Weg zur europäischen Revolution 1989/90“, das kürzlich im Suhrkamp Verlag erschienen ist.

1 Charles S. Maier, Das Verschwinden der DDR, Frankfurt a. M. 1999, S. 87.

system zu lösen, kam zu spät, um dem politischen Aufruhr den Wind aus den Segeln zu nehmen.“²

Fazit: Zwar half der Westen oft genug beim Stabilisieren, aber das förderte allenfalls den Selbstbetrug – auf beiden Seiten? –, es könne doch noch mal gutgehen. In dem Sinne, bilanziert auch Charles S. Maier, wollte auch die Brandtsche Ostpolitik helfen. Helfen sollten Kredite, und helfen sollte sogar der Helsinki-Prozess. Denn die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki im Jahr 1975 versicherte dem Osten, gegen dessen Anerkennung der Menschenrechte, der Sozialismus zähle fortan zu den geschützten Arten. Darauf lief es ja hinaus, dass – wie vom Osten ersehnt – die Grenzen des Ostterritoriums endgültig anerkannt wurden. Doch hat jemand die verblüffende Dialektik solcher Garantieerklärungen früh durchschaut? Denn: Stabil jedenfalls wurden die Verhältnisse nicht, im Gegenteil.

Lag der Umbruch also allein an der „epochalen Umwälzung in den Industrienationen“ im Westen und Osten, von der Maier spricht? Oder gaben im Jahr 1989 Revolutionen von unten, nach Polen auch in Ostdeutschland, und 1990 dann in ganz Ostmitteleuropa, in Prag, Sofia, Bukarest, Riga, den alten Mächten den letzten Stoß? War umgekehrt die „Politik der Stärke“ – von oben also – entscheidend, die das innerlich mürbe Ostimperium eindrückte? Haben sich die Anstrengungen jener amerikanischen Konservativen in jenem Moment doch noch bezahlt gemacht, die schon Brandts Entspannungspolitik konterkarieren und den Osten immer nur niederrüsten und gleichsam ersticken wollten?

Mythos Reagan

Vordergründig ging es sofort nach dem Mauerfall vom November 1989 und den Revolutionen in den „Bruderländern“ des Warschauer Pakts um eine Antwort auf die allzu schlichte Frage, was zum Erfolg geführt habe gegenüber dem „Reich des Bösen“. Zuletzt war es der Irakkrieg von 2003, der von den Verantwortlichen in Washington, allen voran von Dick Cheney und Paul Wolfowitz, mit dem Argument betrieben wurde, 1989 habe sich doch gezeigt, dass nur eine „Politik der Stärke“ diese „Achse des Bösen“ niederkämpfen könne. Denn was damals richtig gewesen ist, setzten Cheney und Wolfowitz ihre Argumentation fort, könne nach dem 11. September 2001 nicht falsch sein.

Zweifellos hat sich der Mythos in den Köpfen eingenistet, Ronald Reagan, der 1981 Präsident wurde, habe den Abbau der Mauer „nicht nur gefordert, sondern auch erzwungen“. Mit der Politik der Détente, der Entspannung, hingegen, die schon John F. Kennedy anstieß, habe das Ende des Ostblocks nichts zu tun.

Ronald Reagan selbst sagte, bevor er Präsident wurde, im Gespräch mit Richard Allen: „Meine Vorstellung von amerikanischer Politik gegenüber der Sowjetunion ist einfach, manche würden sagen, geradezu einfältig. Sie lau-

2 Ebd., S. 116, 151 ff.

tet folgendermaßen: Wir gewinnen, und sie verlieren. Was halten Sie davon?“ Sean Wilentz, Historiker aus Princeton, der Reagans Ausspruch zitiert, fährt fort: „Heute klingen die Worte prophetisch [...]. Aber der sowjetische Kommunismus begann zu verfaulen, lange bevor Reagan ins Amt kam. Reagans eigene Außenpolitik bestand nicht aus einem zusammenhängenden Plan, um den Kommunismus zu bezwingen, sondern aus einem politischen Patchwork für verschiedene Regionen der Welt, manchmal erfolgreich, manchmal unentschieden und oft desaströs.“³

Zum Leitmotiv ihrer beeindruckenden Nachzeichnung der Jahre 1989 bis 1991 hat auch die amerikanische Zeithistorikerin Mary Elise Sarotte⁴ eine anders gelagerte These gemacht: Mehr als die amerikanische Politik in ihrem ganzen Triumphalismus habe wahrhaben wollen, seien die Umwälzungen von den Europäern zu einer „europäischen Angelegenheit“ gemacht worden. Sie nahmen das Heft in die Hand, argumentiert Mary Sarotte. Ich denke, dass sie damit Recht hat, dass die Ursachen dafür aber weiter zurückreichen.

Die Europäer, und speziell die (Ost-)Deutschen, haben 1989 in der Tat vieles selbst in die Hand genommen. Aber was besonders häufig vergessen wird: Seit 1980 taten dies gerade auch die Polen, von der Wahl ihres Landsmannes aus Krakau zum Papst neu angespornt. Möglich wäre die Bonner Politik wiederum nicht gewesen, wenn Frankreich – und speziell François Mitterrand – sich wirklich so quergelegt hätte, wie Helmut Kohl es später behauptete. Und Frankreich wiederum achtete stark auf die polnischen Positionen.

Überzeugend widerlegt hat die unermüdlich nachgeplapperte These vom französischen Präsidenten, der zum Jagen getragen werden musste, nach dem Politologen Tilo Schabert vor allem der Pariser Historiker Frédéric Bozo.⁵ Danach sah Mitterrand die Einheit als logischen historischen Prozess an, von dem er bereits 1981 sprach. Allerdings drängte er strikt auf eine Einbettung Deutschlands in Europa, nicht zuletzt auf die Verständigung über eine gemeinsame Währung.

Gewiss, über die Möglichkeit dieser friedlichen Revolution sowie deren Verlauf entschieden die Großmächte. Ohne sie wäre es nicht dazu gekommen. Den Rahmen gaben Washington und Moskau vor. Aber mich machte neugierig, wer zwischen den USA und der Sowjetunion den Spielraum nutzte, ja selbst vielleicht die Rahmenbedingungen zwischen den Supermächten beeinflusste.

Jeder hat seine Erklärung, seine Wahrheit in der Rückerinnerung. Ich finde das legitim. So wie für Timothy Garton Ash, den britischen Historiker, Polens Gewerkschaft *Solidarność* die Schlüsselrolle spielte und Václav Havels samtene Revolution in Prag den großen Charme ausstrahlte, so rückt beispielsweise Michael Meyer aus journalistischer Perspektive Ungarn ins Zentrum. „Im ganzen kommunistischen Herrschaftsbereich war Ungarn der Ort, den man ins Auge nehmen musste. Dort wurde der erste Funke der Revolution

3 Sean Wilentz, *The Age of Reagan. American History 1974-2008*, New York 2008, S. 151 (Alle Übersetzungen aus dem Englischen stammen, wenn nicht anders ausgewiesen, vom Autor.).

4 Mary Elise Sarotte, 1989. *The Struggle to Create Post-Cold War Europe*, Princeton 2009.

5 Frédéric Bozo, Mitterrand, the End of the Cold War, and German Unification, New York und Oxford 2009; Tilo Schabert, *Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die Deutsche Einheit*, Stuttgart 2002.

gezündet – und zwar nicht vom Volk, in Form einer breiten Rebellion, sondern eines Aufstandes einiger Wagemutiger, nicht viel mehr als ein halbes Dutzend, die sich entschlossen, die Lunte an ein Pulverfass zu legen, um die kommunistische Welt in die Luft zu jagen.“ Meyer fährt fort: „Unter ihnen befand sich jemand, von dem wenige Amerikaner jemals etwas gehört haben. Sein Name: Miklós Németh, Ungarns in Harvard erzogener Premierminister. In heimlicher Kooperation mit einigen Verbündeten im Westen, zumal im deutschen Kanzleramt, nahmen sich Németh und sein kleines Team kommunistischer Gefolgsleute vor, den Eisernen Vorhang niederzureißen, der Ungarn vom Westen trennte.“

Prinzipiell ähnlich, wenn auch nicht ganz so zugespitzt, argumentiert Victor Sebestyen, auch er einer der journalistischen Zeitzeugen von damals, der an den Tatort zurückkehrte. Seine Geschichte, seine Wahrheit lässt er mit Imre Nagy beginnen, dem „Helden“ des Aufstands von 1956, der im Gefängnis klammheimlich erhängt, aber am 16. Juni 1989 noch einmal öffentlich bestätigt wurde. Zweihunderttausend Leute nahmen an dieser späten Ehrenbekundung teil. Dieses spektakuläre Fanal stand am Ende eines langen Bemühens mutiger Ungarn um die Rehabilitierung des Regierungschefs von 1956 und auch um die von weiteren 329 Weggefährten, die wegen ihrer Teilnahme am Aufstand ermordet wurden.

Die Zäsur von Warschau

Zugegeben, auch ich habe, um dies vorwegzunehmen, meinen eigenen Fixstern in dieser Vorgeschichte. Den entscheidenden historischen Moment für mich jedenfalls stellt Brandts Kniefall im Dezember 1970 vor dem Ghetto-Mahnmal in Warschau dar. Jedenfalls erscheint er mir als die umfassende Metapher. Wortlos beugte Brandt sich nieder. In Polen. Von da an, so fand ich vom ersten Augenblick an, gab es kein Zurück. Um eine Entwaffnung handelte es sich, eine Entfeindung, ein stummes Angebot – das ihm völlig zu Recht am 20. Oktober 1971 den Friedensnobelpreis bescherte.

Polens Machthaber müssen den Sprengsatz erahnt haben, sonst hätten sie sich die Peinlichkeit erspart, das Foto mit dem knienden Brandt zu zensieren. Ein Deutscher, der Abbitte leistet, das geht nicht, Revanchisten sind unbelehrbar! Also schnitten sie ungeniert den unteren Teil des Fotos mit dem knienden Brandt ab, damit der Eindruck entstand, er stehe.

Das war ein dialektischer Moment. Der Kniefall war subversiv, gerade weil er aus dem Muster des Kalten Krieges ausscherte und sich einließ auf die andere Seite. Ich sehe Brandts Geste auch als erste Station einer ganzen Abfolge von vertrauensbildenden Momenten der Geschichte – nach Mauerbau, Kubakrise und den russischen Panzern in Prag im August 1968. Dazu muss man dann auch die deutsche Entscheidung zählen, die KSZE 1975 in Helsinki im eigenen Interesse zu nutzen und zu forcieren. Oder die Rede Richard von Weizsäckers zum 8. Mai 1985. Und das sehr allmähliche, aber doch beharrliche Lernen der Deutschen, mit der eigenen Vergangenheit leid-

lich ehrlich umzugehen. Ja, man könnte die Geschichte der Bundesrepublik als einen permanenten Prozess der Vertrauenswerbung beschreiben.

Dafür steht auch der Name des Daueraußenministers Hans-Dietrich Genscher, der 18 Jahre amtierte, von 1974 bis 1992 – und in totalem Kontrast zu seinem aktuellen Amtsnachfolger steht. Man konnte ihn stets als stabilen, berechenbaren Faktor einordnen: Genschers Amtsdauer und die Art seiner Amtsausübung – wie sehr das beruhigte, sieht man erst aus der Distanz.

Sich innerlich auf den Westen einzulassen, auf die parlamentarische Demokratie, auf das Leitbild einer emanzipierten Bürgerlichkeit, aus dem Zivilisationsbruch des eigenen Landes lernen zu wollen – das alles gehörte zu dieser Vertrauensbildung. Dem Osten, das hatte Brandt erkannt, musste man darüber hinaus aber noch demonstrieren, dass man trotz dieses „langen Weges in den Westen“ nicht nur eine abhängige Variable Washingtons oder der Allianz sei. Und das, ohne im Westen Misstrauen zu erwecken. Darin bestand sein Balanceakt.

Willy Brandts Politik der Entfeindung

Als journalistischer Neuling kam ich in dem Moment nach Bonn, in dem Willy Brandt Kanzler der ersten sozialliberalen Koalition wurde. Im Herbst 1969 kam es zum Machtwechsel. Willy Brandt, bis dahin Außenminister in der Großen Koalition, wurde zum ersten sozialdemokratischen Kanzler seit Gründung der Republik gewählt. Ein Jahr zuvor hatten sowjetische Panzer den Reformversuch in Prag niedergewalzt. Vom ersten Tag an ging es Brandt vor allem darum, dass die deutsche Politik glaubwürdig Verantwortung für die eigene Vergangenheit übernehmen und einen Neuanfang gegenüber den Nachbarn im Osten, den Opfern des Nationalsozialismus, durchsetzen werde – obwohl sich der Westen mit dem Kommunismus in einer großen Systemauseinandersetzung befand. Auch die Bundesrepublik hatte sich seit den Zeiten des ersten Kanzlers, Konrad Adenauer, lieber auf diesen neuen „Feind“ als auf das Aufarbeiten der eigenen Vergangenheit konzentriert. Das blieb der Code der beiden ersten Nachkriegsjahrzehnte. Vergeblich rannte eine Minderheit an gegen diese willkommene Ablenkung, die der Kalte Krieg bescherte, also gegen das große Verdrängen.

Brandt reagierte mit seiner Politik unmittelbar auf die Niederschlagung des Prager Frühlings, indirekt auch auf den Mauerbau, der acht Jahre zurücklag. Beide Ereignisse hatten Folgen für die nächsten Nachbarn: für Polen und die DDR im Ostblock, für die Bundesrepublik im Westen.

Brandts Entspannungspolitik nahm – trotz oder wegen Prag? – den Schwung der jungen Protestgeneration gerade noch mit, die auf eine Neu- oder Umgründung der Republik setzte. Seine Ostpolitik reifte in den 60er Jahren, sie war bereits eine Antwort auf die Teilung Berlins und den Stacheldraht, der quer durch Deutschland verlief. Aber erst nach der neuerlichen Eskalation, dem Einzug der Panzer in Prag, konnte sie umgesetzt werden. Nicht Drohungen und Vergeltung kündigte Willy Brandt an, seine Politik wartete hinge-

gen mit einem Versöhnungs- und Entspannungsangebot auf. Worin das später einmal münden sollte, sah man damals nicht, ahnte man nicht, auch Brandt vermutlich nicht. Jedenfalls weigerte er sich stets und konsequent, über langfristige „Ziele“ zu sprechen. Es gehe um kleine Schritte, Punkt! Jedoch führte der dialektische Gedanke seiner Ostpolitik weit darüber hinaus.

Als fruchtlos, so sah Brandt es, hatte sich die Konfrontationspolitik gegenüber dem Osten erwiesen, festgefahren war die Politik der Nichtanerkennung des ostdeutschen Nachbarstaates, der DDR. Der Bonner Alleinvertretungsanspruch bröckelte. Dass eine Politik des „Dritten Weges“, ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, im Sowjetimperium nicht durchsetzbar sei, das hatte das Prager Beispiel gelehrt. Festbetoniert für ewig schien die Breschnjew-Doktrin von der eingeschränkten Souveränität – kein Spielraum für einen der Pakt-Staaten, sofern das die Stabilität des Gesamtprojektes gefährdete.

Im Westen richtete die enttäuschte Protestgeneration ihre Projektionen daher fortan kaum noch auf Europa, sondern auf die Dritte Welt. Auch in der intellektuellen Linken blieben es Ausnahmestimmen und kleine Zirkel, die sich auf Osteuropa konzentrierten und heimliche Koalitionen zu schmieden suchten gegen die herrschende Orthodoxie. Zu spüren bekam das in den 80er Jahren die polnische Gewerkschaftsbewegung: Carepakete auch aus der Bundesrepublik erhielt *Solidarność* in Fülle, aber die politische Solidarität hielt sich in Grenzen. Man wollte nicht noch einmal desillusioniert werden wie in Prag. Auch deshalb bekam Brandts Kurs Unterstützung: Reformen müssen von „oben“ kommen, nur mit und nicht gegen die Herrschenden, so bitter es auch ankommen mag. Diesen „historischen Kompromiss“ ging die Ostpolitik bewusst ein.

Geradezu militanten Widerstand gegen den Entspannungsversuch Willy Brandts leistete dagegen die Bonner Opposition, tatkräftig unterstützt durch die Medien. Uns jungen Journalisten erschien der Anstoß Brandts und Egon Bahrs hingegen keineswegs als Anbiederung, im Gegenteil, die Ostpolitik enthielt eine große Herausforderung: Unverhohlen handelte es sich um den Appell, den Kalten Krieg zu beenden. Auf beiden Seiten. Wir Bonner Neulinge hielten diese Politik für richtig, auch wenn offenbar niemand genauer benennen konnte, wohin sie führen würde oder führen sollte.

Die Vereinigung Europas als Ziel

Auch Brandt hatte, vermute ich, irgendwann den Gedanken aufgegeben, die deutsche Einheit sei realisierbar – sehr wohl aber hielt er die allmähliche Vereinigung Europas für ein realistisches Ziel. Eine europäische Reliefkarte ohne Systemgrenze hatte er immer vor dem inneren Auge. Dazu wollte er beitragen, seit er aus der Emigration in die Bundesrepublik zurückgekehrt war und in der Sozialdemokratischen Partei Berlins seine Karriere begonnen hatte. Erfüllt hatte sich mit dem Mauerfall daher zugleich auch der Traum seiner Jugend von einem „anderen“ Deutschland, einem, das sich europäisch orientiert, nicht aber nationalistisch und machtersessen agiert.

Von einem neuen, irgendwie anderen Deutschland hatte Willy Brandt schon als junger Anarchosyndikalist geträumt, der in Spanien die Republikaner gegen den faschistischen General Franco unterstützte. In territorialen Kategorien dachte er dabei zuletzt. Der Traum des alten Brandt glich somit auffällig dem des jungen: ein demokratisches Deutschland, das nicht imperial denkt und das eingebettet sein würde in ein vereinigtes Europa. Diese vage Idee blieb immer das Leitmotiv, auch wenn es manchmal weit in den Hintergrund gedrängt wurde.

Brandt zählte zu den historisch denkenden Deutschen und Europäern. Wie sich Lebensgeschichte und europäisches Schicksal miteinander verknüpften, das hat kein Brandt-Biograph derart dicht zu schildern verstanden wie er selbst in seinen Erinnerungen. Man liest und meint, ihn laut denken zu hören: „Aus der Geschichte lernen? So ein Volk es tut, geht es ohne Schmerz nicht ab. Aber wie viel Boden ist zu gewinnen! Als ich zur Schule kam, lag das Ende des Ersten Weltkriegs wenig mehr als ein Jahr zurück. Die doppelte Hoffnung, dass die Europäer die Katastrophe beherzigen und die Deutschen der Demokratie Freiraum geben würden, erwies sich als trügerisch. Mit Zwanzig, als ich außer Landes war, hatte ich jenes Erlebnis hinter mir, das nie mehr auslöschbar war. Es handelte von der Machteroberung derer, die das mörderische Nazi-regime errichteten. Und vom Scheitern derer, die zusahen, wie die Republik von Weimar verendete [. . .]. Mit Fünfzig stand ich am Beginn jenes Mühens, das der menschenfeindlichen Trennung mit kleinen Schritten begegnen sollte. Konkrete deutsche Beiträge waren gefordert, um friedensgefährdende Spannungen abzubauen zu helfen. Sogar die Umwandlung des bösartigen Konflikts, Kalter Krieg genannt, trauten wir uns zu, in gedanklicher Nähe zu Gleichgesinnten in Europa und Amerika. Dass es an der Zeit war, Gesamteuropa in den Blick zu nehmen, gehörte zu meinen weniger beachteten Hinweisen vor fünfundzwanzig Jahren.“⁶

Der Traum vom anderen Deutschland

Willy Brandt wollte, das hat er oft genug erklärt, die Anerkennung der DDR durchsetzen, um den Status quo zu durchbrechen. Unübersehbar glücklich war er daher, als sich 20 Jahre nach seinem Einzug ins Kanzleramt die Mauer öffnete. Dass er damit gerechnet hätte, hat er nicht behauptet. Nach dem 9. November 1989 erwartete er vier Wochen lang sogar einen ganz anderen Verlauf, einen „deutschen Bund“ wahrscheinlich, irgendetwas Konföderatives, nicht jedoch einen geeinten deutschen Staat, und schon gar nicht zum Herbst 1990.⁷

Brandts politisches „Ziel“ blieb über Jahrzehnte: zwei deutsche Staaten, die ihre „Einheit“ nicht ignorieren, also kulturell unverbrüchlich eine Nation bleiben. Das war das Maximum, mehr hätte er nicht für realistisch gehalten

6 Willy Brandt, *Erinnerungen*, Frankfurt a. M. 1989, S. 497 f.

7 Darin irrte er sich ähnlich wie Helmut Kohl, der damals auch vage mit einem geordneten Nebeneinander der Halbnationen rechnete.

zu seinen Lebzeiten. Vorsichtig hat er daher stets formuliert, das, was man seine Ostpolitik genannt habe, sei vor diesem Hintergrund geformt worden: Wenn es zu einer Annäherung käme, werde es jedenfalls keine „Wiedervereinigung“ sein. „Es war eine lebenslügenderische Vorstellung, 1945 sei nur die Gewaltherrschaft und nicht auch der Staat untergegangen“, urteilte er in seinen Erinnerungen. Gerade weil er historisch dachte, konnte Brandt sich paradoxerweise nur etwas Neues, anderes vorstellen, jedoch kein Wiedererstehen des Alten – schon gar nicht in den Grenzen von 1937.

Unmittelbar nach dem Mauerfall freilich, in einer aufgewühlten Atmosphäre, in der es um laute Bekenntnisse zur Einheit ging und seine SPD vor dem verbreiteten vaterländischen Pathos erschrak, dementierte er das eigene Wort, er habe die „Wiedervereinigung“ für eine Lebenslüge gehalten. Die große Chance wollte er nicht aufs Spiel setzen.

Ende Januar 1990 stand für Brandt fest, die Einheit – er sprach nicht von „Wiedervereinigung“ – werde kommen. In der Rückschau freilich verlegte er das Datum seiner Erkenntnis weit nach hinten, als hätte er es schon im Herbst 1989 bei der Rückkehr von einem Gespräch mit Gorbatschow in Moskau in der Nase gehabt, wie alles kommen werde.⁸

Brandts Satz für die Ewigkeit, „jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“, mit dem er die Maueröffnung beantwortete, hat er sorgfältig so formuliert – nicht unmittelbar am Tag nach dem Mauerfall vor dem Schöneberger Rathaus, sondern wenig später in schriftlicher Form. Er nahm es genau mit den Formulierungen, in dem Fall übergenau. Denn ein Lebensziel hatte sich erfüllt.

Polen – Avantgarde der Revolution

Von den Westdeutschen wird die Geschichte aus der Warte der Handelnden erzählt, eine abstrakte Ebene, auf der es um Gleichgewichtsstrategien, Entspannungspolitik oder komplizierte internationale Konferenzen wie die KSZE in Helsinki geht. In dieser Hinsicht hat die Ostpolitik Brandts den Weg für die europäischen Umwälzungen geebnet.

Auch Charles S. Maier betont, seine Implosionsthese heiße nicht, „dass man alles mit Selbstzerstörung oder Implosion erklären könnte. Voraussetzung historischer Erschütterungen sind nicht nur entsprechende Entwicklungslinien, sie brauchen auch Handelnde.“⁹

Die Initialzündung für die Wende erfolgte in diesem Sinne in Osteuropa – und nicht zuletzt in Polen. Während des Kalten Krieges gehörten die Polen nicht zu den offiziell „Anerkannten“. Daher blicken sie aus der Zwischentage auf die Geschichte. Doch spätestens seit dem Streik von 1980 in Danzig handelten sie mit; Lech Wałęsa saß zwar zeitweise in Haft, aber selbst in

8 Bei Helmut Kohl verhielt es sich ähnlich. Er wollte später eine „Konföderation“ nie ernsthaft erwartet haben, schob solche Äußerungen aber seiner Vorsicht zu, Gorbatschow mit Einheitsparolen nicht zu provozieren.

9 Charles S. Maier, a.a.O., S. 116.

der Zelle blieb sein Einfluss gewaltig. Bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen über die deutsche Souveränität 1990 saßen die Polen nicht mit am Tisch, aber sie erkämpften sich ihren Platz unbeugsam über lange Jahre hinweg, und sie bewegten sich – obwohl ohne Demokratie – seit den 70er Jahren und erst recht in den 80er Jahren bereits in einer Art politischer Öffentlichkeit. Die Avantgarderollen Polens und des polnischen Papstes sind gar nicht zu überschätzen.

Eine solche Öffentlichkeit wie in Warschau, Danzig oder Krakau gab es für die Oppositionellen in Leipzig, Dresden oder Ostberlin dagegen nicht. Noch zwanzig Jahre nach der Vereinigung überraschen sie sich untereinander in nostalgischen Gesprächen mit Neuigkeiten darüber, wer was wann gesagt, gedacht, gemacht habe.

Mir gefällt ganz besonders, wie Jens Reich vor gar zu einfachen, eindimensionalen, im Rückblick plausibel klingenden Antworten auf die Frage nach den Ursachen für den Epochenbruch warnt: „Erst wenn es geschehen ist, werden wir uns einbilden, genau zu wissen, warum es geschehen musste. Die Versuchung ist heute groß, die DDR nur von ihrem Ende her zu betrachten. Sodosagen mit einer Jahreszählung mit negativen Zahlen. Da sieht es dann zwangsläufig so aus, als ob der Konus sich stets verengt und auf das unausweichliche, aber nicht vorverlegbare Ende zugespitzt hätte. Tatsächlich ist das Handlungsfeld zu allen Zeiten und in allen Situationen weit offen, sind stets prinzipielle Alternativen möglich, können wir an Scheidewegen andere Richtungen einschlagen [...]. Zwänge gibt es immer, auch ökonomische Zwänge. Aber sie wirken nur, wenn die Handelnden sie als solche verinnerlichen [...]. Wir wussten, dass es nicht ging, also ging es nicht. Wir wissen, dass es erst 1989 geschah, also nicht bereits 1983. Wir lebten unter der Diktatur. Etwas war unmöglich, weil es unmöglich war.“¹⁰

Weshalb das Unmögliche dann unvermittelt doch möglich wurde, erklärt Reich mit einem geradezu ansteckenden Geschichtsoptimismus: Geschichte ist machbar, man kann sich an Wegscheiden so oder so entscheiden. Dieser Einspruch gegen ein fatalistisches Sich-Abfinden mit dem Lauf der Dinge, den irgendein Weltgeist vorgegeben habe, speist sich – ohne falsches Selbstlob – aus der Erfahrung des Erfolgs in Ostberlin, Leipzig oder Dresden im Herbst 1989, aber auch aus den Erfahrungen mit Polen. Jens Reich verkörpert selbst die Geschichtsdeutung, die er bietet. Ich halte das für eine der „Wahrheiten“ der Revolution von 1989.

Wegscheide Helsinki

Rätselhaft erscheint dagegen bis heute, wie „Helsinki“ dermaßen unterschätzt werden konnte. Mehr noch: Weshalb haben nur wenige im Westen, jedoch viele im Osten die Explosivkraft dieser Konferenz durchschaut, mit ihrer Anerkennung der staatlichen Souveränität, aber auch der Geltung der Menschenrechte, auch durch den Ostblock? Waren es nur die Zeitverhält-

¹⁰ Jens Reich, Warum ist die DDR untergegangen? In: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 46/1996, S. 3-7.

nisse, oder wollte man den Gedanken nicht zulassen, zwischen den Systemen sei eine grundsätzliche Auflockerung möglich?

„Helsinki“, daran erinnert Sean Wilentz, sei für die Gegner der Détente sofort zu einem anderen Wort für „Ausverkauf“ geworden. „Die gesamte Anti-Détente-Koalition, von den osteuropäischen Immigranten und ethnischen Organisationen, die die Rechte der ‚gefangenen Nationen‘ verteidigten, bis zu den Herausgebern des Wall Street Journal bestürmten viele Ford und Kissinger, sie hätten das ‚neue Jalta‘ ratifiziert. ‚Ich bin dagegen‘, verkündete Ford, ‚und ich denke, ganz Amerika sollte dagegen sein.‘“¹¹

Tony Judt, der New Yorker Historiker, der im August 2010 starb, nannte Helsinki dagegen treffend einen „proteischen Moment“ in der internationalen und nationalen Geschichte unserer Zeit.¹² Judt, das muss man hinzufügen, war nicht nur einer der intimen Kenner der europäischen Geschichte seit 1945, für ihn war das soziale Europa auch die Antwort auf die blutige Vorgeschichte des Kontinents – und auf die Idiosynkrasien von Kapitalismus und Kommunismus. Helsinki, wo Ost und West zusammentrafen, hielt er für eine Wegscheide der Geschichte, Weichen wurden gestellt.

Zuspitzen kann man die unterschiedlichen Deutungen letztlich auf eine Frage: Entspannungspolitik oder Politik der Stärke – was führte zum Erfolg? Für Zbigniew Brzeziński, Carters Sicherheitsberater, handelte es sich wohl um zwei Seiten einer Medaille – der gebürtige Pole setzte die Dissidenten- und Menschenrechtsfrage unerbittlich als Anklageinstrument und Waffe ein. Und natürlich plädierte er leidenschaftlich für eine westliche Unterstützung von Solidarność, aber auch für die der Taliban in Afghanistan – gegen Moskau waren viele Mittel recht. Das Wort von den „Demokratisierungskriegen“ war damals noch nicht in Mode, aber es beschreibt vermutlich am genauesten, was ihn umtrieb – wie übrigens auch einen Teil der westeuropäischen Linken. Keineswegs befürwortete sie geschlossen „Entspannungspolitik auf Samtpfoten“.

Unumstritten war auch in Moskau das Schicksal der Détente keineswegs. Leonid Breschnjew glaubte, wenn die sowjetische Öffentlichkeit erfahre, dass der Westen die Nachkriegsgrenzen endgültig anerkenne, für die sein Land so viele Opfer gebracht hatte, werde das als sein persönlicher Erfolg anerkannt. Insofern lag die endgültige Klärung der Grenzfragen tatsächlich auch im Sinne derjenigen, welche die Jalta-Ordnung, den Nachkriegs-Status-Quo, für immer festschreiben wollten.

Die Menschenrechtsfragen glaubten die Kreml-Herren trotz „Helsinki“ deklaratorisch behandeln zu können, ohne sich weiter öffentlich darauf einzulassen. Bis hin zur Ausweisung Andrej Sacharows im Jahr 1980 jedenfalls betrieb die Kamarilla Breschnjews eine Politik, die sich meist strikt gegen die Helsinki-Vereinbarungen richtete, ganz so, als hätten sie nichts unterzeichnet. Waren sie blind für die möglichen Folgen, oder hielten sie sich bloß die Augen zu?

Aus der Autobiographie Anatoli Dobrynins, des früheren sowjetischen Botschafters in Washington, geht inzwischen hervor, dass beides nicht zutraf:

¹¹ Wilentz, a.a.O., S. 58.

¹² Tony Judt, Reappraisals. Reflexions on the Forgotten Twentieth Century, New York 2008, S. 314f.

Insgeheim war Moskau sich darüber im Klaren, wie sehr sich die Dissidenten von diesem historischen Dokument ermutigt fühlten. Die Veröffentlichung in der „Prawda“ hatte den Helsinki-Vereinbarungen schließlich den Charakter eines historischen Aktes verliehen. Sorgfältig registrierten die orthodoxen Kreml-Herren, wie diese nach und nach zum Manifest eines liberalen und abweichenden Denkens wurden, einer Bewegung, die in ihrer Wucht und Dimension „völlig außerhalb der Imagination der sowjetischen Führung lag“, wie John Lewis Gaddis urteilt. In der Summe hat er sicher Recht: Helsinki wurde „zur rechtlichen und moralischen Falle“ für die östlichen Regime.¹³

Dialektik der „Entspannung“

Brandts Ostpolitik, in deren Kontinuitätslinie die Konferenz von Helsinki lag, schwor gerade der bisherigen „Politik der Stärke“ ab. Als einen konsequenten Neuanfang, als überzeugende Alternative habe ich sie von vornherein betrachtet. Aber für illegitim halte ich deshalb rückblickend die Frage nicht, ob sie insoweit falsch war, als sie das Überleben des Alten sicherte und das Neue blockierte, wie die heutige Lesart oft lautet. Richtig ist: Zu verstehen war sie auch als Reaktion auf den Mauerbau und nicht zuletzt auf den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in der Tschechoslowakei. Eine Antwort bot sie aber auch auf die Erfahrung, dass die Supermächte mit ihrem Konfrontationskurs und dem Säbelrasseln nicht weiterkamen – die Rhetorik Washingtons, in Berlin werde die Freiheit der westlichen Welt verteidigt, hatte sich am 13. August 1961 als Lippendienst enthüllt. Keinen Finger konnte der Westen rühren. Er wollte auch nicht. Aus Washingtons Sicht stabilisierte die Mauer das Verhältnis von Ost- und Westeuropa; nun konnte man sich beruhigt den Problemzonen in anderen Weltgegenden zuwenden. Es ist diese Logik, die in vielen leitartikelnden Jubiläumsbilanzen über Mauerbau und Mauerfall verschüttet wurde.

Die Westdeutschen mit Willy Brandt an der Spitze übersetzten die Erfahrungen im Kalten Krieg jedenfalls für sich so: Auf unserer Ebene beginnen wir sehr rasch den entspannungspolitischen Kurs, zu dem uns John F. Kennedy grundsätzlich ermuntert, den er aber nicht mehr durchgesetzt hatte. (Stattdessen hatte sich seine Regierung noch in den Morast des Vietnamkrieges begeben.)¹⁴ Unentschieden jedoch war in dem Moment, in dem Brandt seine Ostpolitik aufnahm, welchen Ausgang das Abenteuer nehmen würde. Aber da es keine Chance gab, dass die Großen sich produktiv und rasch annäheren, versuchten es die Deutschen, im eigenen Interesse und in dem anderer. Heute wissen wir, wohin dies führte. Grund also gibt es genug, die Vorgeschichte von 1989 tatsächlich mit der heimlichen Epochenwende von 1969/70 und dem Kniefall Willy Brandts beginnen zu lassen.

¹³ John Lewis Gaddis, *Cold War*, New York 2005, S. 190.

¹⁴ Was nichts darüber sagt, ob der Präsident, der 1963 ermordet wurde, nicht einen Rückzug angeordnet hätte, während Lyndon B. Johnson sich von Kennedys alter Mannschaft immer mehr hineinziehen ließ. Diese Meinung begründet und belegt überzeugend Gordon Goldstein, *Lessons in Disaster. McBundy and the Path to War*, New York 2008.